

guter Rat mit

UWG

Unabhängige Wählergemeinschaft Schmalleberg

direkt

1/ 2004 - BÜRGERBRIEF DER UNABHÄNGIGEN WÄHLERGEMEINSCHAFT SCHMALLEBERG E. V.

Im Internet: www.uwg-schmalleberg.de

„Guter Rat“ mit UWG!

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

gerade bei Kommunalwahlen stellen Sie sich wahrscheinlich immer wieder die Frage, wen Sie wählen sollen, da Ihnen die Kandidatinnen und Kandidaten oftmals persönlich bekannt sind, egal welcher politischen Richtung sie angehören.

Was aber wissen Sie als Bürger wirklich von der aktuellen Politik in unserer Stadt? Es sind nur die Schlagzeilen, die Sie erreichen, oftmals nur dann, wenn Differenzen oder Streit um die richtigen Lösungen aufgekommen sind. Meistens sind keine Hintergründe für die Bürger erkennbar und nachvollziehbar. In der Regel gibt es eine Erfolgsmeldung der Mehrheit, mit einem schönen Foto und

10 Jahre UWG für Schmalleberg!

der Hinweis „Fortsetzung folgt“ ...

Mehr als 10 Jahre bringt die UWG im Rat Augenmaß und Sinn für die politische Realität ein. Durch die UWG hat so die Politik viele neue Impulse bekommen. Aber mancher gute Vorschlag scheitert an der übergroßen Mehrheit der CDU nur deshalb, weil er von der UWG vorgetragen wird. Wir haben eine Ratsmehrheit aus CDU, einen CDU-

So muss ein Bürgermeister sein!

Der Bürgermeister ist zur Neutralität verpflichtet und Ansprechpartner für alle Bürgerinnen und Bürger. Es gibt Gemeinden, wo der Bürgermeister alle Fraktionen mit gleichen Informationen versorgt. Alle wichtigen Beschlüsse werden vorher in der Öffentlichkeit diskutiert, und fast immer ein Konsens gefunden, der allen gerecht wird. Bürger werden offen an den Entscheidungsprozessen beteiligt - ohne Geheimniskrämerei!

Bürgermeister und eine CDU-geprägte Verwaltung. Es passiert nur noch das, was einige Wenige für richtig halten. Abstimmungen sind nur noch Formsache. Diese Politik wird von der CDU Schmalleberg praktiziert.

Die jetzige Ratsmehrheit hat erklärt, keine Ratschläge von anderen zu brauchen. Danach handelt sie!



Guter Rat für Schmalleberg – unsere Kandidaten vor dem Rathaus

Beispiele wie die Gestaltungssatzung für Holthausen, die Abschaffung von Bezirksausschüssen oder der Machtkampf um das Großkraftwerk im Holzgewerbepark zeigen, mit welcher Arroganz Bürgersorgen öffentlich übergangen wurden.

Die Vereinnahmung der Stadt durch nur eine Partei ist höchst bedenklich. Das wollen wir nicht hinnehmen! Die UWG will diesem CDU-Anspruch eine starke Opposition entgegensetzen.

Dazu braucht die UWG Ihre Stimme bei der Kommunalwahl am 26. September 2004.

Gehen Sie zur Wahl und wählen Sie die Kandidatinnen und Kandidaten der UWG.

Ihre Stimme für die...

UWG



Liebe Bürgerinnen und Bürger!

Am 26. September sind Kommunalwahlen. Der Bürgermeister und die Kandidaten in den 19 Wahlbezirken der Stadt Schmallebenberg werden gleichzeitig direkt von Ihnen gewählt. Die Unabhängige Wählergemeinschaft e. V. stellt erfahrene und neue Kandidaten in allen Wahlkreisen der Stadt. Bitte stimmen Sie für die

UWG Schmallebenberg e. V.

Gehen Sie am **26. September 2004** zur Wahl



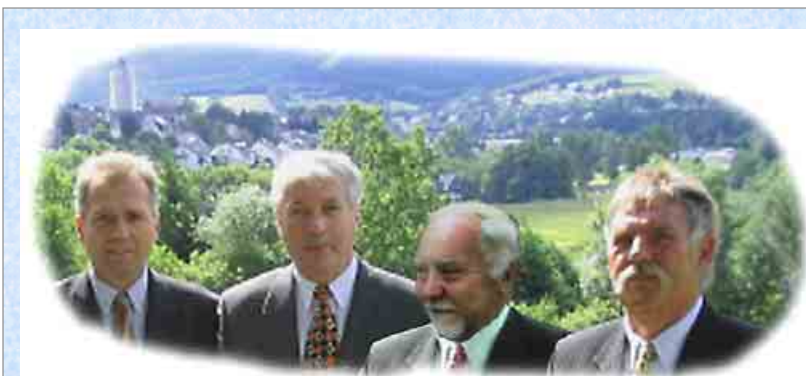
Bad Fredeburg vertreten durch (von links nach rechts)

Siegfried Knoche, Wahlbez. Bad Fredeburg, Unterstadt

Ruth Linn, Wahlbez. Bad Fredeburg, Oberstadt

Herbert Tröster, Wahlbez. Bad Fredeburg, Altstadt

Wir wollen alternative Energien in vernünftigen Dimensionen, nachhaltige Förderung von Jugendprojekten und eine Rutsche im Sauerlandbad.



Schmallebenberg vertreten durch

Alfons Tausch, Schmallebenberg Mittelstadt

Günter Schütte, Schmallebenberg Oberstadt/links

Detlef Wandel, Schmallebenberg Oberstadt/rechts

Horst Broeske, Schmallebenberg Unterstadt

Der Rat braucht engagierte Bürger, damit der Bezirksausschuss der Kernstadt in Rat und Verwaltung wieder mehr Gewicht bekommt.



Hawerland und Dorlar vertreten durch

Herbert Berls, Wahlbez. Arpe, Berghausen, Bracht

Franz-Josef Mönig, Wahlbezirk Altenilpe, Dorlar

Markus Schulte-Göbel, Wahlbezirk Felbecke, Wormbach, Lenne

Wir werden uns konstruktiv in die Ratsarbeit einbringen und für die Region einsetzen.



Oberkirchen und Sorpetal vertreten durch
Hermann-Josef Silberg, Wahlbezirk Westfeld, Nordenau
Peter Walach, Wahlbezirk N.-O.-Sorpe, Holthausen
Johannes Kersting, Wahlbezirk Oberkirchen
Wir fordern für unsere Region Bezirksausschüsse.



Fleckenberg, Gleidorf, Grafschaft vertreten durch
Hans-Georg Schenk, Wahlbezirk Gleidorf
Ursula Möning, Wahlbezirk Fleckenberg
Hans-Georg Müller, Wahlbezirk Grafschaft, Schanze



Bödefelder Land und Kirchrarbach/
Oberhenneborn vertreten durch
Freiherr Franz von Fürstenberg, Wahlbezirk Bödefeld-Land
Johannes Börger, Wahlbez. Bödefeld-Freiheit
Stefan Wiese, Wahlbezirk Kirchrarbach, Oberhenneborn

Guter Rat mit 

Unsere Ziele für Schmalleberg

- ⇒ Frühzeitige Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an Planungen der Stadt
- ⇒ Verwaltungsvorlagen öffentlich machen
- ⇒ Verbesserung der Schul- und Lernsituation (offene Ganztagsgrundschule)
- ⇒ Ampelabschaltung in Schmalleberg (Kreisverkehr vorsehen)
- ⇒ Belegung des Holzgewerbeparkes Bad Fredeburg mit finanziellen Anreizen
- ⇒ Attraktivierung „SauerlandBad“ (Rutsche)
- ⇒ Nachhaltige Förderung von Jugendprojekten und Vereinen (z. B. Mehrzweckhalle)
- ⇒ Schaffung von Einrichtungen für die Jugend (Internetcafe, Begegnungsstätte)
- ⇒ Einstellung eines Schulsozialarbeiters/in für alle Schulen
- ⇒ Einsatz alternativer Energien in vernünftigen Dimensionen
- ⇒ Einführen eines Immobilienmanagements für städtische Gebäude
- ⇒ Liberalisierung, ggf. Aufheben von Gestaltungsvorschriften
- ⇒ Anlegung eines Natureissportplatzes mit max. 5.000 Euro
- ⇒ Betreuungsplätze für unter-3-Jährige
- ⇒ Berücksichtigung der Belange älterer Menschen

EIN SPÄTER ERFOLG

Der Rechnungsprüfungsausschuss empfiehlt die Einrichtung eines Immobilienmanagements. Die UWG hatte den Antrag dazu bereits am 13. April 1999 gestellt.

Damit sind u. U. Einsparungen von mehreren 10.000 Euro zu erwarten.

Erst in den letzten Monaten ist das Thema „Gebäudewirtschaft“ aufgegriffen und im Haupt- u. Finanzausschuss erstmalig von Frau Schmitz, Kommunale Gemeinschaftsstelle Köln, sachkundig vorgestellt worden.

Zur Kasse bitten!

Ist das gerecht?

Auf der einen Seite rühmt sich die Stadt Schmalleberg, dass sie alle Vereine freiwillig unterstützt, aber erwähnt auf der anderen Seite nicht, dass diese Unterstützung durch die Hintertür wieder entzogen wird!

Die Vereine müssen sich auf weitere Kosten einstellen!

Warum? Die Stadt Schmalleberg beabsichtigt, mit Zustimmung der CDU und SPD, dass alle Vereine (Sportvereine, Theatervereine, Gesangvereine, Turnvereine, Caritas usw.), die öffentliche Gebäude für ihre Vereinsarbeit in Anspruch nehmen, einen Teil der laufenden Kosten selbst bezahlen müssen! Einige Vereine mussten schon Verträge unterschreiben und sich bereit erklären, einen Teil der laufenden Kosten (Wasser, Strom, Gas usw.) zu übernehmen, ansonsten hätten den Vereinen die öffentlichen Gebäude nicht mehr zur Verfügung gestanden. Auch Vereine, die mit viel Eigenleistung und eigenen finanziellen Mitteln öffentliche Gebäude renoviert haben werden zur Kasse gebeten.

Der SGV Grafschaft hat sich nach erheblichen Renovierungen des öffentlichen Gebäudes geweigert, diese laufenden Kosten zu tragen. Nun werden von den Verantwortlichen diese Kosten mit den Zuschüssen, die dem Verein zustehen, verrechnet!

Diese Verträge sollen nun alle Vereine unterschreiben (ca. 150 Sport- u. sonst. Vereine sind betroffen, von denen schon ca. 20 % unterschrieben haben). Die UWG fordert schon seit einigen Jahren, diese Verträge wieder aufzulösen, doch diese Forderung wurde jedes Jahr von CDU und SPD abgelehnt! Die Kassenbestände der meis-

ten Vereine lassen eine zusätzliche Belastung nicht zu. Die Stadt Schmalleberg sollte bedenken, dass die Vereine einen erheblichen Beitrag zum sozialen, kulturellen und öffentlichen Leben leisten und dadurch der Stadt Kosten ersparen.

Die UWG fordert erneut die Abschaffung dieser Verträge und der zusätzlichen Kosten für die Vereine!

Konzeptlosigkeit kostet unser Geld

Schon seit einigen Jahren beanspruchen das Gymnasium Schmalleberg und die Realschule Bad Fredeburg Klassenräume der benachbarten Hauptschulen.



In diesem Jahr hat die Hauptschule Schmalleberg dem Gymnasium wieder ein paar Räume überlassen müssen. Dafür müssen große Bereiche der Schule völlig umgebaut werden. Derartige Umbauarbeiten wiederholen sich schon seit ein paar Jahren und behindern auch den normalen Schulbetrieb.

Da sich die Schülerzahlen der Realschule und des Gymnasiums, laut eines Gutachtens, das die Stadt Schmal-

lenberg in Auftrag gegeben hatte, in den nächsten Jahren erheblich erhöhen werden, ist für diese beiden Schulen auch mehr Raumbedarf erforderlich. Das Gymnasium z. B. benötigt zum Schuljahrgang 2005/06 acht Klassenräume mehr als heute.

Dieses Problem der fehlenden Klassenräume schieben CDU und SPD seit Jahren vor sich her.

Die UWG fordert erneut ein Gesamtkonzept für alle Schulen,

das die Schülerzahlentwicklung über mehrere Jahre im Voraus berücksichtigt, um den Bedarf an Klassenräumen rechtzeitig regeln zu können.

Schaffung von Arbeitsplätzen durch aktive Wirtschaftsförderung

Wir unterstützen die zeitlich befristete kostenlose Abgabe von Gewerbegrundstücken des Gewerbeparks in Bad Fredeburg an Unternehmensgründer und andere Gewerbetreibende, weil wir unbedingt die Arbeitsplätze im Stadtgebiet halten wollen.



Im Holzgewerbepark Bad Fredeburg beginnt nach langen Jahren des Stillstands die erste Firma zu bauen.

Wir fordern die Verwaltung der Stadt Schmallenberg auf, hier vertragliche Regelungen auszuarbeiten und schnellstmöglich anzuwenden.

Durch diese Art einer für Schmallenberg neuen Wirtschaftsförderung besteht die Chance, die Zahl der Pendler zu verringern und neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Die UWG fordert von der Stadt Schmallenberg, in Zusammenarbeit mit den ortsansässigen Banken für Existenzgründer budgetierte Ausfallbürgschaften zur Verfügung stellen, die die Kreditbeschaffung erleichtern. Existenzgründer haben so, insbesondere im Hinblick auf die verschärften Kreditanforderungen nach Basel II eher die Möglichkeit, Fremdmittel zu beschaffen und Investitionen zu tätigen.

Betreuungsplätze für Kinder unter 3 Jahren

Der Besuch eines Kindergartens ist für alle dreijährigen Schmallenger Kinder heute der Normalfall. Es stehen ausreichend Kindergartenplätze zur Verfügung. – Doch wie sieht es aus, wenn der Sprössling noch keine 3 Jahre alt ist, Vater und Mutter berufstätig sind (sein müssen), oder wenn es sich um eine/n allein erziehende/n Mutter oder Vater handelt. Nicht in jedem Fall sind Großeltern, in der Regel „Omas“, da, um die Betreuung des Kleinkindes zu übernehmen. Heute stehen Großeltern oft noch selbst im Berufsleben.

Das Betreuungsangebot für Unter-Dreijährige ist landesweit und auch in unserer Stadt absolut unzureichend. In der flächenmäßig größten Stadt Nordrhein-Westfalens gibt es nur eine Einrichtung (Kleine Strolche), die diesen Anforderungen entspricht. In diesem Jahr lagen dort ca. 40 Anmeldungen vor, aber nur ein Kind konnte aufgenommen werden. Dies zeigt deutlich, dass auch in der Stadt Schmallenberg ein großer Bedarf an Betreuungsplätzen für Unter-Dreijährige besteht.

Dem Ausspruch „Kinder sind unsere Zukunft“ sollten Taten folgen.

Die UWG sorgt dafür, dass Betreuungsplätze für Unter-3-Jährige bereitgestellt werden, damit unsere Stadt familienfreundlicher wird.

Stellplatzsatzung behindert Geschäftseröffnungen

Wir wundern uns über die schon über Jahre andauernden Ladenlokal-Leerstände in Bad Fredeburg und Schmallenberg.

Eine teure Hürde für eine Geschäftseröffnung

Es gibt kaum Mietinteressierte. Dazu kommen zusätzlich noch unnötige baubehördliche Auflagen – z. B.

die Stellplatzverordnung.

Jeder Hausbesitzer muss für sein Gebäude, je nach Nutzung eine unterschiedliche Menge von PKW-Stellplätzen nachweisen.

Da die Stadtgründer von Bad Fredeburg und Schmallenberg damals noch keine PKW kannten, konnten Sie auch keine Stellplatzverordnung kennen. Sie haben einfach zu eng gebaut. Das hat zur Folge, dass heute häufig keine Stellplätze errichtet werden können.

Die Stadt Schmallenberg hat deshalb für solche Fälle eine Ablösesatzung für Stellplätze eingerichtet. Wer keinen Stellplatz einrichten kann, muss als Ausgleich dafür bezahlen. **In Schmallenberg und Bad Fredeburg sind das 4.600 € pro Stellplatz!**

Bei Nutzungsänderungen der Ladenlokale verfällt der Bestandsschutz. Neue Stellplätze für das gesamte Gebäude müssen nachgewiesen werden. Wenn man nicht kann, muss man zahlen. 20.000 € sind dann schnell erreicht.

Diese Kosten können durch die Vermietung nicht aufgefangen werden. Es ist preiswerter alles leer stehen zu lassen und auf die geeignete Nutzung zu warten, für die wiederum der Bestandsschutz besteht.

Auch deshalb haben wir die langfristigen Leerstände.

Landschaftsnutzung/ Ausgleichsmaßnahmen

Wir werden dafür sorgen, dass die gesetzlich vorgeschriebenen landschaftlichen Ausgleichsmaßnahmen bei neuen Baugebieten direkt diesen neuen Baugebieten zugeordnet werden und nicht irgendwelchen zufällig anstehenden anderen Maßnahmen. So wurden ein großer Teil der landschaftlichen Ausgleichsmaßnahmen für den Holzgewerbepark Bad Fredeburg im Stadtwald und im Latroptal durchgeführt.



So kann man es heute sehen.

Fotomontage: Mit Begrünung könnte alles schöner aussehen

Übergänge von Gewerbe- und Industriegebieten zur umgebenden Landschaft können durchaus besser gestaltet werden. Anpflanzungen bewirken, dass Zweckbauten in ein anderes Licht gestellt werden.

Haben Gestaltungssatzungen Einfluss auf unsere Dörfer und Städte?

Kann man durch Gestaltungssatzungen überhaupt Städte gestalten oder verhindern sie eher gute Gestaltung?

Tatsache ist, dass nach den gültigen Satzungen in den Altstädten von Schmalleberg die bedeutendsten stadtbildprägenden Gebäude nicht genehmigungsfähig wären. Mit Gestaltungssatzungen will man angeblich das Schlimmste verhindern, verhindert wird jedoch dadurch die Möglichkeit für Besonderes.

Die Gestaltungssatzungen haben die eingeführten Genehmigungserleichterungen auf Bundes- und Landesebene untergraben und zu einer noch schlimmeren Bürokratie geführt.

Die Krönung der bürokratischen Bemühungen der Stadt ist der Gestaltungsbeirat, der immer dann eingeschaltet wird, wenn eine Planung nicht genau den Vorschriften der Gestaltungssatzung entspricht.

Gestaltungssatzungen gibt es in der Stadt seit Mitte der siebziger Jahre. Seitdem sind jedoch mehr „Zerstörungen“ erfolgt, als vor der Zeit.

Ein gut gestaltetes Gebäude wird durch ein Pfannendach nicht schlechter, ein hässliches Gebäude durch ein Naturschieferdach nicht schöner, aber teurer.

Informationsfreiheit für alle CDU informiert nicht ausreichend

Bis zum Jahre 2002 konnte die CDU geführte Stadtverwaltung schalten und walten, wie sie es für richtig hielt.

Politische Entschlüsse verloren sich im Verwaltungsapparat. Auf Rückfragen gab es nur ausweichende Antworten, wie Amtsgeheimnis, zu wenig Personal zum Bearbeiten usw. Recht auf Akteneinsicht hatten nur wenige. Eine Kontrolle der Verwaltung war so gut wie unmöglich.

Seit 2002 gibt es das **Informations-Freiheitsgesetz**. Dieses Gesetz wurde eingerichtet um Vetternwirtschaft, Filz und Korruption vorzubeugen. Das Gesetz ermöglicht jedem Bürger in NRW Akteneinsicht zu nehmen.

Das so genannte Amtsgeheimnis, hinter dem sich die Verwaltung häufig verstecken konnte, gibt es nicht mehr. Alle Bürger können die Verwaltung jetzt besser kontrollieren und sollten es auch tun.

Die Einsichtnahmen sind jedoch gebührenpflichtig.

Die UWG will eine transparente Kommunalpolitik und wird deshalb alle politischen Entscheidungen einschließlich der Entscheidungsprozesse veröffentlichen. Gebühren werden bei uns nicht erhoben.

Wir bemühen uns im Internet für Sie mehr Informationen über Rats- und Ausschusssitzungen zu geben, stoßen aber immer wieder an Grenzen, die uns die Verwaltung vorgibt. Dennoch, ein regelmäßiger Blick in unsere Internetseiten lohnt sich unter:

www.uwg-schmallenberg.de

UWG-direkt, Sept. 2004

Herausgeber: Unabhängige Wählergemeinschaft Schmalleberg e. V.

V.i.S.d.P.: H. Berts, D. Eickelmann, G. Förtsch, U. Mönig, H.-G. Schenk, G. Schütte, H.-J. Silberg